



Bis Juli müssen Liechtensteiner Finanzdienstleister Daten ihrer ausländischen Kunden der Steuerverwaltung melden. Ein Pass mit Wohnsitz als ein Schlupfloch von vielen?

Bild: iStock

Geschäft mit Pässen floriert

Business Finanzdienstleister bieten Pässe und Wohnsitze über ganz offizielle Programme an – auch in Liechtenstein. Die OECD sieht dadurch den AIA gefährdet. Allerdings dürfte es sich dabei nur um einen Einzelfall handeln. Dennoch: Der AIA kommt, die Lücken bleiben.

VON DOROTHEA WURMBRAND STUPPACH

Der automatische Informationsaustausch (AIA) rollt an. Die Steuerverwaltung hat diese Woche zwar die Frist für Liechtensteiner Finanzdienstleister verlängert, um AIA-Daten für das abgelaufene Jahr zu liefern. Jetzt wird es trotzdem ernst für Steuersünder. Wer sein Geld noch nicht per Selbstanzeige offengelegt hat, der dürfte in Bedrängnis geraten – oder doch nicht? Für den Steuerrechts-Professor Robert Waldburger, der an der Universität St. Gallen lehrt und auch Banken berät, gibt es eine Reihe gravierender Lücken mit weitreichenden Konsequenzen. Es gebe zwar nicht die eine riesige Lücke. Massgeblich sei, dass es verschiedene Lücken gibt, die von betroffenen Steuerpflichtigen ausgenutzt werden können. «Aus Sicht der Effizienz des AIA-Systems ist jede Lücke zu gross», erklärt Waldburger. Am Horizont der neuen internationalen Transparenz taucht eine grosse Bedrohung auf, die der OECD Sorgen bereitet: Sogenannte offizielle «Citizenship by Investment»-Programme. Ein reger Handel mit Wohnsitzbestätigungen nimmt zudem Fahrt auf.

OECD sieht AIA gefährdet

Die «Cash for Passports»-Programme machen mittlerweile auch die internationale Staatengemeinschaft stutzig. Ein gekaufter Pass könne das Betrugsrisiko erhöhen. «Gewisse Anbieter verkaufen solche Staatsbürgerschaften als Instrument, um den automatischen Informationsaustausch (AIA) zu umgehen», sagt Pascal Saint-Amans, Steuerchef bei der OECD. Das kann beispielsweise geschehen, indem Steuerzahler ihren Wohnsitz auf diese Weise verschleiern. Durch die Cash-Programme ist es ein Leichtes, einen Wohnsitz zu bekommen beziehungsweise einen vermeintlichen Wohnsitz vorzuspiegeln. Der Pass alleine reicht dafür noch nicht aus. Denn während das US-amerikanische Fatca an die Staatsbürgerschaft geknüpft ist und so seine Bürger zur Steuerehrlichkeit zwingt, verfolgt der AIA einen anderen Ansatz. Die USA wollen Zugriff auf ihre Staatsbürger, ganz egal wo sie dauerhaft leben und ihren Wohnsitz anmelden.

«Es gibt verschiedene Lücken, die ausgenutzt werden können. Aus Sicht der Effizienz des Systems ist jede Lücke zu gross.»

Das ist beim automatischen Informationsaustausch anders. Für diesen ist entscheidend, wo eine Person ihren Wohnsitz hat, also einen tatsächlichen offiziellen Wohnsitz. Auf die Staatsbürgerschaft kommt es beim automatischen Informationsaustausch nicht an. «Immer dann, wenn es gelingt, eine Wohnsitzbescheinigung ohne echten Wohnsitz zu erlangen und die Bank sich damit zufrieden gibt, besteht das Problem, dass der AIA nicht so funktioniert, wie er eigentlich sollte», sagt HSG-Professor und Steuerexperte Waldburger. Bei der OECD ist man beunruhigt. «Wir werden nächstens Vorschläge machen, wie man dieses Problem angehen könnte», hält Saint-Amans von der OECD dagegen.

Das Problem angehen

Die OECD überwache derzeit «residence by investment schemes» als Teil einer umfassenden Strategie, um Steuervermeidungssysteme zu identifizieren, zu klassifizieren und darauf zu reagieren. «Viele Länder, die solche Programme zur Verfügung stellen, sind sich dem potenziellen Missbrauch gar nicht bewusst», erklärt Saint-Amans auf Anfrage. Aus diesem Grund will die OECD das Problem so angehen: Es sei wichtig, die jeweiligen Länder dafür zu sensibilisieren. «Wir teilen Informationen über solche Systeme mit Regierungen, um Konten gezielt zu überprüfen, bei denen sich Finanzinstitute auf Wohnsitzbestätigungen verlassen haben, die unter solchen Programmen ausgestellt worden sein könnten», sagt Saint-Amans.

Auch wenn es bisher nur Einzelfälle sein mögen: Informationen von «Wirtschaftsregional» zufolge soll es auch in Liechtenstein Dienstleister geben, die an ihre Kunden aktiv Pässe und Wohnsitzbestätigungen «verkaufen» und damit bereits Konten bei Liechtensteiner Banken eröffnet haben. Sowohl der Pass als auch die Wohnsitzbestätigungen sind zwar echte Dokumente, der Kunde verschleiern damit aber nur seinen wahren Wohnsitz. «Gekaufte Pässe können in der Tat das Betrugsrisiko, den AIA zu umgehen, erhöhen. Hier sind in erster Linie die entsprechenden Länder gefordert, dies zu unterbinden. Das Anbieten oder Unterstützen beim Kauf eines solchen Passes halte ich für höchst fragwürdig,

wenn nicht sogar strafrechtlich relevant», erklärt der Geschäftsführer des Bankenverbandes, Simon Tribelhorn. In

Liechtenstein beinhaltet das AIA-Gesetz einen sogenannten Missbrauchsartikel, der missbräuchliche Gestaltungen untersagt und diese je nach Fall sogar unter Strafe stellt. Verschiedene Länder bieten solche offiziellen Programme an. Sie prüfen die Kandidaten zwar genauestens und versuchen damit lediglich ihre Staatskasse aufzubessern. Doch schlussendlich lockt es wohl mehr schwarze Schafe mit ganz unterschiedlichen Intentionen an, als den meisten Staaten lieb ist.

Zypern ist eines der Länder mit solchen Programmen. Ein Investment von zwei Millionen Euro ist nötig – in Form von Immobilien oder in die Wirtschaft. Der Pass garantiert Visafreiheit in 159 Ländern. Auch Staaten in der Karibik bessern so ihre Staatskasse auf – wie beispielsweise St. Kitts & Nevis. Der Pass soll vor allem bei US-Staatsbürgern beliebt sein. Er kostet 250.000 US-Dollar. Diese müssen entweder als Investition in die Wirtschaft oder in einen Staatsfonds fließen. Visafreiheit in 130 Länder bringt der Pass mit sich. Ein richtiges Schnäppchen ist hingegen der Pass von Dominica, eine Insel in der Karibik. Der Pass kostet derzeit nicht mehr 100.000 Dollar. Dafür nötig: entweder Investitionen in Immobilienprojekte oder Staatsfonds zu tätigen.

Schweizer ist Marktführer

Eine der beliebtesten Optionen ist Malta, weiss der Züricher Jurist Christian Kälin. Er handelt mit Staatsbürgerschaften. Als Präsident der Kanzlei Henley & Partners (HP) berät er Regierungen und Superreiche. Im 2-Milliarden-Markt gehört HP zu den Branchenleadern. Sein Geschäft floriert, ist aber umstritten. Er selbst war für ein Statement nicht zu erreichen – zu beschäftigt tingelt der Passhändler rund um die Welt. Peter Kruppenacher, Managing Partner von HP, erklärte aber auf Anfrage: Es gebe ein steigendes Interesse an Staatsbürgerschaften von Menschen,

die ein mobiles und uneingeschränkteres Leben führen möchten. Es gebe aber verschiedene Gründe für eine alternative Staatsbürgerschaft. Dazu gehöre die Freiheit, Wohnsitz in einem anderen Land zu nehmen – wann immer ein solcher gebraucht wird. «Visafrei zu reisen und Steuerplanung gehören auch dazu», sagt Kruppenacher ganz offen und unverblümt gegenüber «Wirtschaftsregional». Im Moment sieht er vor allem ein starkes Interesse für europäische «Citizenship by Investment Programs». Malta sei dabei die beliebteste Option bei seinen Kunden. «Malta bietet die Staatsbürgerschaft als ein EU-Mitgliedstaat an, der stabil, neutral und



«Gewisse Anbieter verkaufen solche Staatsbürgerschaften als Instrument, um den automatischen Informationsaustausch (AIA) zu umgehen.»

Pascal Saint-Amans, Steuerchef der OECD

hoch angesehen ist.» Der Bewerbungsprozess sei effizient und habe weltweit die höchsten Standards im Hinblick auf die Sorgfaltspflicht. Die Bewerber werden demnach genau geprüft. Das Programm ist laut Kruppenacher zudem bei 1800 Bewerbern nach oben gedeckelt. «Das macht es zum exklusivsten Programm der Welt», wirbt er für den Mittelmeerstaat. Das Programm sei dabei höchst erfolgreich. Mehr als eine Milliarde Euro an neuem Kapital hat es in den ersten 18 Monaten in die Staatskasse gespült. In der Karibik sei das Grenada Citizenship by Investment Program eine der beliebtesten Optionen bei den Kunden von Henley & Partners. Grenada verlangt von seinen Bewerbern nicht, in das Land zu reisen, um ein Staatsbürger zu werden. «Die Wohnsitz-Anforderungen sind minimal», schwärmt Kruppenacher. 124 Länder, inklusive die Schengen-Staaten, Grossbritannien, Singapur, Brasilien, China und Hongkong können ohne Visa bereist werden.

Eine Frage des Geldes?

Es ist also ein Leichtes, an eine zweite Staatsbürgerschaft mit Wohnsitz zu gelangen und damit ein Konto zu eröffnen. Am Ende ist es offenbar nur eine Frage des Geldes. Robert Waldburger: «Innerhalb des System des automatischen Informationsaustauschs ist die grösste Lücke die Tatsache, dass Gesell-

schaften, die professionell ihr Vermögen verwalten lassen, sich selber gewissermassen wie eine Bank qualifizieren.» Die Frage drängt sich auf: Gehen beim automatischen Informationsaustausch also nur die kleinen Fische ins Netz, die sich komplizierte Strukturen, Pässe oder etwa Wohnsitzbestätigungen nicht leisten können? Pikanterweise nehmen ausgerechnet die USA nicht am AIA teil – die nächste grosse Lücke. Gerade die Vereinigten Staaten sind in den letzten Jahren hart ins Gericht gegangen mit ihren eigenen Steueründern. Zudem haben die USA im Zuge von Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung Milliarden von Schweizer Banken eingetrieben.

Während Liechtenstein zu den ersten Staaten gehört, die den AIA ohne Kompromisse umsetzen, wollen einige in der Schweiz derzeit die Notbremse ziehen. Von Bankenseite kommt der Vorschlag, dass das AIA-Abkommen um eine sogenannte Aktivierungsklausel erweitert wird. Damit würde der Bundesrat verpflichtet, den AIA nur dann mit weiteren Ländern umzusetzen, wenn sichergestellt ist, dass die wichtigsten Konkurrenzfinanzplätze der Schweiz das Gleiche tun. Konkret geht es um weitere 41 Staaten, mit denen der Bundesrat ab 2019 den AIA einführen will. Stein des Anstosses ist die datenrechtliche Situation in vielen Ländern. Die drei grossen bürgerlichen Parteien weigern sich, dem AIA mit zusätzlichen Staaten zuzustimmen. Schweizer Banken sammeln bereits seit diesem Jahr Daten von ausländischen Steuerpflichtigen für den AIA – einen Standard, der am Ende so manche Geschäfte zum Florieren bringt.

Über den AIA

Der automatische Informationsaustausch (AIA) ist ein internationaler Standard, um Steuerhinterziehern den Garaus zu machen. Er legt fest, wie die Steuerbehörden der teilnehmenden Länder untereinander Informationen zu ausländischen Bankkonten und Depots der Steuerpflichtigen austauschen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat ihn entwickelt. Der Standard wird global eingeführt; bereits 100 Länder haben sich zur Umsetzung verpflichtet.